

Hausarztmedizin und medizinische Basisversorgung in ländlichen Regionen

(Begehren und Begründung)

Es ist schweizweit eine Tatsache, dass viele Allgemeinpraktiker keine Nachfolger mehr finden und so viele Praxen unbesetzt bleiben. Dies ist in erster Line in den ländlichen Gegenden der Fall. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den Zeitungsartikel in den FN vom 23. Mai 2006 „Sterben die Hausärzte aus?“

Umgekehrt finden sich immer mehr Praxen von Spezialärzten in den Zentren und die Spitäler springen bei der medizinischen Grundversorgung, vor allem beim Notfalldienst, auch in Bagatellfällen, immer mehr in die Bresche.

Diese Tendenz kann auch in unserem Kanton beobachtet werden. Im Sensebezirk beispielsweise ist festzustellen, dass diverse Hausärzte keine Nachfolger finden oder gefunden haben.

Diese Entwicklungstendenz hat viele negative Auswirkungen für die bürgernahe, dezentrale medizinische Basisversorgung:

- Die verbleibenden, zunehmend älteren Hausärzte dürften kaum mehr in der Lage sein ihren gesetzlichen Verpflichtungen im Bereich Notfalldienst nachzukommen
- Im Bereich der Altersmedizin dürften sich erhebliche Probleme ergeben, da die Hausärzte bei der täglichen medizinischen Versorgung der Alters- und Pflegeheime wesentliche Aufgaben innehaben.
- Es dürfte zunehmend schwieriger werden, die schulmedizinischen und präventiven Aufgaben zu erfüllen.
- Die Entwicklung wirkt kostentreibend. In leichten Fällen ist die Behandlung bei Hausärzten ganz klar günstiger als bei Spezialärzten oder bei einer Behandlung in der Notfallabteilung eines Spitals.
- Patienten werden zunehmend auf die Wahl eines Vertrauensarztes respektive Hausarztes verzichten, so dass die ganzheitliche Betreuung (und somit die ganzheitliche Krankengeschichte) des Patienten verloren gehen. Dies bedingt wiederum einen höheren Aufwand bei Erkrankung, da die ganze Geschichte jedes Mal erneut aufgearbeitet werden muss. Zudem steigt das Risiko unnötiger Konsultationen von Spezialärzten.
- Heute schon sind überfüllte Arztpraxen an manchen Orten die Regel. Dies dürfte sich eher zuspitzen und ist für die betroffenen Patienten eine unangenehme Begleiterscheinung.

Wir verlangen mit dem vorliegenden Postulat, dass der Staatsrat die Entwicklung im Bereich der medizinischen Grundversorgung im geschilderten Zusammenhang näher untersucht und den notwendigen Handlungsbedarf in einem Bericht aufzeigt.

Es geht vor allem um die Klärung nachfolgender Fragen:

- Ist die Situation in allen Bezirken des Kantons etwa gleich oder gibt es erhebliche Unterschiede?
- Wie ist der Kanton auf den „Hausarztschwund“ vorbereitet und was unternimmt er dagegen?
- Es wäre interessant, wie die Kostenentwicklung bei der „vor-Ort-Betreuung“ in Zukunft aussieht.
- Welchen Einfluss hat der für Hausärzte „unfreundliche“ TARMED?
- Wird die ausländische Bevölkerung informiert?

Wir erwarten, dass neben einer eingehenden Analyse der Situation erste mögliche Massnahmen aufgezeigt werden.

(Sig.) Christine Bulliard und Markus Bapst, Grossräte
und 10 Mitunterzeichner

27. Juni 2006